

über die man in der Ferne meist ganz unrichtige Ansichten hat, indem man, getäuscht durch die vielen in dem Lande erscheinenden radicalen Blätter, so wie durch die der Mehrzahl nach radicalen Correspondenten der auswärtigen Zeitungen, das württembergische Volk für durchgehends republikanisch zu halten geneigt ist, während doch nur ein ganz kleiner Theil desselben, und obendrein ein aus sehr heterogenen und meist unreinen Elementen zusammengesetzter, in diese Kategorie gezählt werden kann; nach unserer Kenntniß der dortigen Zustände wird es sicherlich zu keinem so gewaltigen Conflict kommen, daß selbst die Störung der Ruhe vorausgesetzt, fremde Truppen zur Wiederherstellung derselben nöthig würden. Das württembergische Volk hat im vorigen wie in diesem Jahre seine Abneigung gegen die Insensibilität der subversiven Ideen, gegen die von den sogenannten Volksfreunden angestrebte Einführung pfälz-badischer Zustände hinlänglich an den Tag gelegt, während ringsumher alles in lichten Flammen stand, war in Württemberg nirgends auch nur anscheinend ernste Gefahr; aus welchem Grunde sollte man jetzt, nachdem die Ereignisse bei uns als warnendes Beispiel gezeigt haben, wohin der allein seligmachende Radicalismus führt, sich dort nach der Rückkehr dieser Zustände sehnen? Und dann kommen hier zwei Fragen in Betracht. Erstens für wen sollte in Württemberg Revolution gemacht werden? Für die Landesversammlung? Diese hat von Hause aus nicht die mindesten Sympathien für sich und ihre Auflösung, falls sie anders nöthig würde, würde vom Volk als ein ganz natürliches Ereigniß angesehen werden. Zweitens, wer soll in Württemberg Revolution machen? Das Volk ist, wie gesagt, in seinen bessern Bestandtheilen viel zu praktisch, um auch nur im Entferntesten an etwas Anderes zu denken, als an Erhaltung der Ruhe und Ordnung, und wie tief und allgemein diese Gesinnung verbreitet ist, haben die württembergischen Weingärtner den Demokraten schon oft thatsächlich gezeigt, das Heer aber ist ganz zuverlässig. Wo sollten da noch die Factoren einer Revolution herkommen? Und Eins wird bei der Beurtheilung württembergischer Zustände auch noch immer vergessen: die Liebe des Volks zu seinem Fürsten. Mögen die Demokraten noch so sehr bemüht sein, diese Liebe in Abrede zu stellen, vertilgen können sie sie nicht, und vor ihrer tausend hat der Württemberger nicht so viel Respect, als vor dem „alten Herrn in Stuttgart.“

Mannheim, 11. Dec. An die Stelle des bisherigen Commandanten, Major v. Lehwe, welcher heute einen längern Urlaub angetreten hat, ist der Oberst Chorus, Commandeur des königl. preussischen 6. Ulanenregiments, zum Commandanten von Mannheim ernannt worden, und hat bereits gestern die damit verbundenen Geschäfte übernommen.

München, 12. Dec. Seit einigen Tagen ist hier die Nachricht verbreitet, daß gegenwärtig zwischen Oestreich, Bayern, Hannover, Württemberg und Sachsen Unterhandlungen wegen Einberufung eines allgemeinen deutschen Reichstags im Gange seien. Die baldige Ausführung eines solchen Planes wäre wohl das Mittel, dem Erfurter Reichstag die Spitze abzubreaken. Wir bezweifeln aber sehr, ob diese Unterhandlungen zu einem erwünschten Ziel führen werden.

— 14. December. Nach einer fünftägigen Debatte über die Emancipation der Juden gelangte unsere zweite Kammer heute zur Abstimmung über diesen Gegenstand. Der Regierungsentwurf wurde mit einer nicht sehr wesentlichen Modification mit 91 gegen 48 Stimmen angenommen. Der Regierungsentwurf bestimmt im Art. I. daß fortan den Israeliten bei gleichen Pflichten auch gleiche staatsbürgerliche (politische) und bürgerliche Rechte mit den christlichen Staatswohnern zustehen und im Art. II., daß alle entgegenstehenden Bestimmungen früherer Gesetze und Verordnungen aufgehoben sind. Die angenommene Modification fügt hinzu, daß durch dieses Gesetz an den bisherigen Bestimmungen über die Cultus- und Schulverhältnisse der Israeliten nichts geändert werde (was auch nicht beabsichtigt noch verlangt war) und daß in den Gemeinden, wo bisher keine Israeliten wohnten, oder da wo die vorhandene Familienzahl überschritten werden soll, bei Ansfassigmachungen derselben den Gemeinden das absolute Widerspruchsrecht zustehen soll — jedoch soll dies als „transitorische“ Bestimmung nur Geltung haben bis zu der bevorstehenden Revision des Gesetzes über Ansfassigmachung. Da nun unzweifelhaft den Gemeinden das absolute Widerspruchsrecht bei allen Ansfassigmachungen zugestanden werden dürfte, während es ihnen bis jetzt nur bei Niederlassung auf Lohnverwerb zusteht, so wird die nicht wesentliche Beschränkung, mit welcher man der Emancipation beistimmte, in kürzester Zeit wieder fallen. Mehr als die Hälfte der Kammermitglieder war indeffen für die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs, allein dies genügte nicht, weil zu einem Verfassungsgesetz, wie das vorliegende ist, eine Zweidrittelmajorität nöthig ist. Das

Gesetz bedarf jetzt noch der Zustimmung der ersten Kammer, die indeffen kaum zweifelhaft erscheint, und sonach wäre denn die Judenemancipation auch in Bayern entschieden.

Ulm, 11. Dec. Das wie allerwärts so auch in Ulm seit dem März 1848 vielbewegte politische Leben hat ruhigerer Anschauung der Dinge Platz gemacht, und selbst die Verhandlungen der verfassungsberatenden Kammer finden keine besonders hervortretende Theilnahme. Man glaubt dem Landtage in seiner dermaligen Zusammensetzung keine lange Dauer versprechen zu dürfen, und wie die nächsten Wahlen ausfallen, das wissen die Götter; jedenfalls aber — und das erzählen uns die von der oberrheinischen und vom See herkommenden Leute — stehen 25—30,000 Deutscher jeden Augenblick marschbereit im Vorarlberg, welche sich auf die guten Quartiere im schönen Württemberg sehr freuen sollen. S. M.

Spanien.

Nach dem „El Pais“ soll eine Schweizer- Legion von 8000 Mann, von spanischen Offizieren befehligt, gebildet werden; sie soll zum Schutze des heil. Vaters dienen. Fünfhundert Mann der spanischen Armee in Italien sind am 4. December mit dem Kriegsschiffe „León“ in Barcelona angekommen. D. W.

Frankreich.

Paris, 15. Decb. Die große Tagesfrage ist noch immer die Getränkesteuer. „In dem Maße, als die Verhandlungen sich verlängern.“ sagt heute der „National“, „wird die Nationalversammlung leidenschaftlicher. Man fühlt, daß bei Gelegenheit der Getränkesteuer zwei Finanzsysteme oder richtiger gesagt, zwei sociale Grundanschauungen einander gegenüberstehen: die eine, stark, durch alle Mittel des Reichthums, der politischen Strategie, des thatsächlichen Besitzes und der Routine oder die aristokratische Grundanschauung, welche die indirecten Steuern, die Speculation auf die Bedürfnisse des Armen zur Basis hat — die andere Grundanschauung, die zu allen Zeiten, wo das Gefühl für Gerechtigkeit sich im Volksbewußtsein geregt hat, geahnt, aber erst in der neuesten Zeit zum Ausdruck gebracht worden ist, oder die Bestimmung, nicht mehr nach gewissen Gegenständen mit Ausschluß anderer, nicht mehr nach den Bedürfnissen, sondern je nach den wirklichen Hülfquellen des Steuerpflichtigen und den Vortheilen, die jeder Bürger in der Gesellschaft findet.“ — Der Budgetausschuß der Nationalversammlung hat gestern mit 13 Stimmen gegen 12 den Beschluß gefaßt, der versammlung den Ausbau der großen Eisenbahn von Paris nach Avignon durch den Staat und die Verwerfung des ministeriellen Gesetzesentwurfs vorzuschlagen. Wenn die National-Versammlung darauf einging, so würde der Finanzminister in ernste Verlegenheit gerathen, vor denen er sich vielleicht zurückziehen müßte. Denn einerseits hatte der Minister zur Erleichterung der schwebenden Schuld auf die 85 Millionen gezählt, welche die Gesellschaft, der die Eisenbahn zugesprochen worden wäre, deponiren sollte; andererseits würde er zur Fortsetzung der Arbeiten das Budget noch um einen Credit von 30 Millionen beschweren müssen, die es ihm mit seinem System unmöglich sein dürfte, aufzutreiben.

Der Ministerrath hat sich daher heute Morgen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik versammelt, um über das mögliche Resultat der Verhandlungen in der Nationalversammlung über die projectirte Eisenbahn zu berathen. Der Antrag eines Volksvertreters auf Beschränkung des unbedingten Rechtes aller Mitglieder der Nationalversammlung Gesetze in Vorschlag zu bringen, hat bei dem betreffenden Ausschusse ein befürwortendes Gutachten gefunden. — Der „Moniteur“ enthält heute folgende, offenbar vom Präsidenten der Republik selbst verfaßte Mittheilung: „Gewisse Schriftsteller, die ihre Feder in Galle zu tauchen scheinen, untersuchen täglich mit einer böshafsten Neugier die Vergangenheit derjenigen Personen, welche die Regierung zur Besetzung der öffentlichen Aemter wählt. Diese Vergangenheit commentiren sie mit inniger Schadenfreude und entstellen sie oft durch die läghafsten Auslegungen der niedrigsten Mißgunst. Die Hand auf's Herz, wer ist nach drei Revolutionen in weniger als 40 Jahren der Mann von einiger Erfahrung in den öffentlichen Angelegenheiten, dessen Vergangenheit der Leidenschaft der Tadler keinen Anlaß darbietet? Als ob die bloße Thatsache, seinem Vaterlande unter den vorigen Regierungen gedient zu haben, ein Verbrechen wäre. — Dieses gehässige Verfahren wird nicht den Erfolg haben, den man sich davon verspricht. Der Neffe des Kaisers wird unerschütterlich bleiben. Er hat zur Richtschnur seines Benehmens die Worte seines unsterblichen Onkels angenommen, der eines Tages im Staatsrath ausrief: „Durch eine Partei regieren, heißt sich früher oder später in Abhängigkeit begeben. Man wird mich damit nicht fangen; ich gehöre der Nation selbst an. Ich bediene mich Aller, die Fähigkeit besitzen und den Willen hegen, mit mir zu gehen.“